

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verleger: KPD-Verlagsstelle, Dresden, Schillerstraße 10
Redaktion: KPD-Verlagsstelle, Dresden, Schillerstraße 10
Druck: KPD-Verlagsstelle, Dresden, Schillerstraße 10

7. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 22. August 1931 Nummer 148

Beschließt den Streik!

Gemeindearbeiter-Verhandlungen wieder gescheitert / Streikbeschlüsse in Stuttgart und Düsseldorf / Vorstoß gegen alle Arbeiter

Berlin, 22. August. (Eig. Meldung.) Die Verhandlungen über den Abbau der Löhne der Gemeindearbeiter wurden heute Nacht gegen 1.30 Uhr ohne endgültige Vereinbarungen abgebrochen. Sie werden heute vormittag fortgesetzt. Aus vielen Großstädten, so aus Düsseldorf, Stuttgart u. a. liegen Beschlüsse vor, jeden Lohnraub mit sofortigem Streik zu beantworten. Eine große Gemeindearbeiterversammlung in Berlin richtete einen Streikappell an alle Lohn- und Gehaltsempfänger. Der KPD ist gar nicht in der Lage einen wirksamen Kampf gegen den Lohnraub zu organisieren. Selbst das Berliner Tageblatt von heute erklärt, der KPD ist völlig danklos, es bestehen für ihn nur „krübe Aussichten“ (Näheres siehe 2. Seite). Die Gemeindearbeiter werden einen erfolgreichen Kampf nur unter der Führung der KPD führen können.

Weiter forderte die Fraktion die sofortige Einberufung des Reichstages mit der Begründung: „Der Arbeitgeberverband ist bereits dabei, die Löhne der Gemeindearbeiter um 8 % zu kürzen. Eine Kürzung ist geboten. Die Nichteinberufung bedeutet die einseitige Stellungnahme gegen die bedrohten Schichten der Arbeiterklasse.“

Die Gemeindearbeiter, die in allen Teilen des Reiches ebenso wie in Dresden entschlossen sind, den Lohnraub ganz entschieden abzuwehren, wollen, daß die wiederholte Verschleppung der Verhandlungen die Schwäche und Furcht der Gegner offenbaren. Sie werden in geschlossenem Front unter KPD-Führung stehen.

Ueberall Streikbeschlüsse
Stuttgart, 21. August. (Eig. Meldung.) Eine Versammlung der Arbeiter des Stuttgarter Straßenreinigungsausschusses beschloß, gegen jeden Lohnraub in den Streik zu treten. Der in der Versammlung anwesende reformistische Gewerkschaftsangehörige, der drehen wollte, mußte die Versammlung verlassen.

Weiter Raubforderungen der Ausbeuter
Der Reichverband der Industrie hat der Reichsregierung ein Memorandum mit einer großen Anzahl Forderungen der Industriekapitäne überreicht. Wie die Reichliche Zeitung meldet, ist eine Berücksichtigung nicht beabsichtigt, um „eine Diskussion in der Öffentlichkeit zu vermeiden“. Nach dieser Bemerkung kann man allerdings erwarten, wie die Reichliche Zeitung weiter bemerkt, liegen die Forderungen der Unternehmer „auf dem Ge-

- 1. Gegen jeden Mangel Lohn- und Gehaltsraub!
- 2. Für den Siebenstundentag, die Vierstundentage bei vollem Lohnausgleich!
- 3. Für Einstellung von Erwerbslosen entsprechend der Arbeitslosenzunahme!
- 4. Für mit den Millionenüberschüssen der Kommunalbetriebe für die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten!
- 5. Beseitigung der Korruptionsgehälter der Bürgermeister, Stadträte, Direktoren usw.!
- 6. Für die Festsetzung der Gehälter mit einer Höchstgrenze von 6000 Mark pro Jahr!
- 7. Kündigungslose Entziehung der den Kapitalisten gestandenen Gemeindesteuern!
- 8. Beseitigung aller Ausgaben der Stadt für Polizei, Kirche und bürgerliche Organisationen!
- 9. Erhöhung der Sonderabgabe für die Großabnehmer von Gas, Wasser und Elektrizität, Senkung der Wertsteuern für die kleinen Konsumenten!
- 10. Herabsetzung der Fahrpreise zwecks Steigerung des Verkehrs und Erhöhung der Einnahmen!

Unter Führung der KPD nehmen den Kampf auf gegen Lohnraub und Sozialreaktion! Beschließt den kollektiven Eintritt der Betriebsbelegschaften in die KPD! Unsere Parole heißt:

Seraus aus den Betrieben!
Es lebe der Streik der Gemeindearbeiter!

Der Verlauf der gestrigen Verhandlungen
Ueber den Verlauf der Verhandlungen wird bekannt, daß der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums den Vorschlag gemacht hat, einen weiteren einschneidenden Lohnabbau in 2 Stufen durchzuführen. Auf dieser Basis war bereits eine Einigung zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem kommunalen Arbeitgeberverband erzielt worden. In den späteren Beratungen der Tarifkommission des Gesamtverbandes wurde das vom Verhandlungsleiter abgeleitete Verhandlungsergebnis aus tatsächlichen Gründen wieder abgelehnt. Darauf fanden um 23 Uhr im Reichsarbeitsministerium erneut Verhandlungen statt. Im Grunde sind sich die Gewerkschaftsführer und die Vertreter der Gemeinde über den Lohnraub einig. Man bedarf nur noch darüber, in welcher Form man den Gemeindearbeitern den Lohnraub schmackhaft machen soll.

KPD-Fraktion unterstützt den Kampf
Der Unterstützung des Kampfes der Gemeindearbeiter gegen den Lohnraub hat die Dresdner Stadtverordnetenfraktion ihren Antrag eingebracht, in dem gefordert wird:

- 1. von der Rotverwaltung keinen Gebrauch zu machen und die bisherige Lohnhöhe weiterzugeben;
- 2. Katastrophen auf Stilllegung der Posten rückgängig zu machen;
- 3. die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen;
- 4. die Direktoren der NS abzulassen und die hohen Gehälter auf 500 Mark herabzusetzen.

biet der Steuerpolitik, der allgemeinen Wirtschaft (ins: Lohnraub!) und der öffentlichen Finanzen“ (auf deutsch: weitere Geschenke an die Kapitalisten, Abbau der Sozialfürsorge).

Die sich steigende Wut der Bourgeoisie gegen die KPD steht im engsten Zusammenhang mit dem bevorstehenden gemäßigten Streik der Gemeindearbeiter. Die bürgerlich-sozialdemokratische Journaille hat die Aufgabe, die einzige Führung der Arbeitermassen zu verleumden, um so den Kampf der Arbeiter zu lähmen. Deshalb bieten die Kommunalarbeiter, wie alle übrigen Werktätigen, alle Kräfte an, um die KPD gegen die verlogene Wut der Bourgeoisie zu verteidigen. So offen verteidigen sie sich selbst gegen die Lohnräuber.

Antwort auf Verbotsterror!

Ganze Versammlung tritt der KPD bei

Massenzustrom von SPD-Arbeitern zur KPD
(Arbeiterfortschrittspolung 1931)

Die Ortsgruppe Borsdorf der KPD veranstaltete in Borsdorf bei Freyberg einen Diskussionsabend mit parteilosen Arbeitern, in dem Gen. Zimmermann, Borsdorfer, des Themas „Warum Kommunistische Partei?“ behandelte. Nach einer ausführlichen Diskussion konnten wir zur Bildung einer Ortsgruppe der Partei überreden, alle anwesenden Arbeiter erklärten ihren Eintritt in die KPD. Von vielen wurde die Arbeiterstimme und die ab 15. September erscheinende Wochenzeitung „Sächsisches Volks-Echo“ abonniert.

Ein Beispiel für alle! Bestärkt insbesondere die Werbung für das Volks-Echo!

Im Bezirk Nordbarnen wurden im Juli 875 Neuaufnahmen gemacht und 14 neue Ortsgruppen gegründet. Unter den Neueingetretenen sind 120 frühere Mitglieder der SPD und des Reichsbanners. Ähnlich in Südbarnen; u. a. sind in Rönigsdorf 3 SPD-Gemeinderäte und 10 SPD-Arbeiter in die KPD eingetreten.

4,1 Millionen Erwerbslose!

Von 1. bis 15. August um 114 000 gestiegen / Immer mehr Ausgefuehrte

Berlin, 22. August. (Eig. Meldung.) Nach den neuesten Berichten der Reichsanstalt betrug am 15. August die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland 4 104 000! Das bedeutet innerhalb 14 Tagen eine Zunahme von rund 114 000. Im Vergleich zu der gleichen Zeit des Vorjahres beträgt die Zunahme rund 129 000. Von den 4,1 Millionen erhalten nur rund 2 281 000 aus der Arbeitslosenversicherung Unterstutzung. Der Rest erhält entweder keinerlei Unterstutzung oder ist auf die Wohlfahrtskassen angewiesen. In der Zahl von 4,1 Millionen sind sicher noch zehntausende hinzuzurechnen, die sich überhaupt nicht mehr auf den Arbeitsämtern melden, weil sie keinerlei Unterstutzung beziehen.

Schied pfeift auf Landtagsmehrheit!

Anschauungsunterricht für die SPD-Arbeiter zu den Verfassungsveranstaltungen am 24. August

Die Sächsische Staatskanzlei veröffentlicht folgende Mitteilung: „Anfragen beim Ministerium für Volksbildung geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß zur Teilnahme an den Verfassungsfeiern der Schulen Lehrer und Schüler wie bisher verpflichtet sind.“

Es handelt sich um folgendes: Am 17. Februar beschloß der Sächsische Landtag mit Mehrheit, daß Schüler und Schülerinnen zur Teilnahme an den Verfassungsfeiern nicht gezwungen werden dürfen. Die Schiedsregierung legt sich über diesen Beschluß einfach hinweg und diktiert in ihrer obigen Mitteilung: Die Schüler müssen an den Verfassungsfeiern teilnehmen.

Jene sozialdemokratischen Arbeiter, die höher den Schanden ihrer Führer von der „Demokratie“ glaubten und die bisher auf die Weimarer Verfassung schworen, bekommen jetzt einen prachtvollen Anschauungsunterricht: Der Mehrheitsbeschluß des Landtages wird ohne viel Federlesens durch die Regierung annulliert — gerade zum Verfassungstag. . . . Und dazu: Die Schiedsregierung, die eine Kollaterale der Brünnig-Diktatur ist, die noch Würgereusennoten lautig weiter-

Gen. Ehlerz-Hamburg erschossen

Polizeiaktion in Penz gegen Kommunisten

Das Berliner Tageblatt von heute meldet: „Der 29-jährige Funktionär der Kommunistischen Partei, Ehlerz, wurde in seiner Wohnung überfallen und durch einen Pistolenschuß tödlich verletzt, doch er bald darauf verstarb. Die bisherigen Ermittlungen der Polizei haben die Annahme gestützt, daß es sich um eine politische Mordtat handelt.“

In Penz erschienen vorgestern Großkampfwagen der Polizei, habochten an Hand einer Liste und nahmen zahlreiche kommunistische Arbeiter, unter ihnen den KPD-Stabsarzt Geißler, fest. Gefunden wurde nichts.

Abrechnung mit Verbotsterror und SPD-Mordheke

Kade des Genossen Selbmann in Leipzig

Leipzig, 21. August. (Eig. Drahtmeldung.) Heute abend fand in Leipzig in Wälsches Festhäfen eine überfüllte öffentliche Versammlung der SPD statt.

Erntestreik in Schleswig-Holstein

Hamburg, 21. August. (Eig. Meldung.) Im nördlichen Schleswig-Holstein sind große Erntestreiks ausgebrochen. Die Landarbeiter kämpfen gegen eine Lohnkürzung.

Textiler rücken zum Streik!

Leipzig, 22. August 1931 (Eig. Meldung.) In der Leipziger Volkswirtschaft fanden gestern 3 hart besetzte Delegatensitzungen statt, die einstimmig beschließen, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 42 Stunden ohne Lohnausgleich abzulehnen.

Breuchen-Regierung für Verstärkung der faschistischen Staatsgewalt

Minister Häpfer-Wischhoff verlangt Reichsreform durch Notverordnung

Berlin, 21. August. (Eigener Bericht.) Der preussische Finanzminister Dr. Häpfer-Wischhoff schreibt im neuesten Heft des 'Deutschen Volkswirt' zur Frage der Reichsreform und fordert diese Reichsreform auf dem Wege der Notverordnung an.

Gebering: Septembergehalt aufStotteru

Der preussische Finanzminister hat nach Mitteilung der 'Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz' lesen durch einen Erlass bestimmt, daß die erste Rate der Dienst- und Versorgungsbezüge für den Monat September, soweit sie in bar zu leisten ist, am 31. August ausgezahlt wird.

Mussolinis Ausrottungsfeldzug in Chbien

Von der italienischen Grenze, 20. August 1931 Die faschistische Regierung Mussolinis hat in der letzten Zeit den Druck auf die entrechtete verfolgte Bevölkerung Italiens um ein mehrfaches gesteigert.

Trübe Perspektive für den ADGB

Mitgliederverluste / Finanzielle Bleite / Einkassierung der organisierten Arbeitermitglieder

Das Berliner Tageblatt von heute (22. August) macht im Hinblick auf den ADGB-Kongreß interessante Mitteilungen über die Lage in den reformistischen Gewerkschaften, die um so bedauerlicher sind, als das Blatt in den letzten Besprechungen zur ADGB-Führung steht.

Ueber die Mitgliederverluste berichtet das BT:

Den größten Mitgliederverlust verzeichneten im vergangenen Jahr die freien Gewerkschaften. Die Mitgliederzahl der ADGB angeschlossenen Verbände betrug Ende 1930: 4.717.669 gegen 4.948.209 Ende 1929. Der Rückgang betrug demnach 4,7 Prozent.

Sicherlich bedauert das Berliner Tageblatt noch die Dinge und der Rückgang ist wohl ein wenig härter.

Das Blatt stellt dann fest, daß nach dem Finanzbericht des ADGB im Jahre 1930 'die Ausgaben für Arbeitskampfe von 13,3 auf 2,9 Millionen weiter gesunken sind'.

Das Berliner Tageblatt schreibt schließlich:

So eröffnen sich für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung sehr trübe Perspektiven. Die Radikalisierung der Massen droht härtere Wirkungen auf die Gewerkschaften zu erzeugen als in früheren Zeiten.

Natürlich werden nicht die Spitzen, die 'linken' Verbände hängen radikalisiert. Die handeln nur unter 'totalitären' Einflüssen, um die wirkliche Opposition der professionellen Gewerkschaften glatter aufzulösen und bei der reformistischen Strategie zu helfen.

Die Opposition der Arbeiter im ADGB magch nicht und wird jetzt in noch härterem Tempo weiter machen. Die Tatlage unterzieht die Wahrung der Massen Gewerkschaften der Internationalen, daß die revolutionäre Gewerkschaften umbedingt entschlossen und systematisch auch in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten muß, um die organisierten Arbeiter im Kampfe gegen die rechten und 'linken' reformistischen Parteien für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik und für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu gewinnen.

Verstärkte losglatte revolutionäre Arbeit in den reformistischen Verbänden und Ausbau der KSO, das ist das Gebot der Situation. Die Möglichkeiten und Ausschichten sind, wie wir hier aus der obigen Darstellung des Berliner Tageblattes hervorgeht, für die rote Front günstig.

Millionär kauft sich vom Zuchthaus frei

Ungeheurer Justizskandal im Hamburg des Koalitions-Senats (SPD)

Durch die Enthüllungen unseres Brudersorgans, der Hamburger Volkszeitung, ist ein ungeheurer Justizskandal ans Tageslicht gekommen. Ein Millionär Biesing vermachte sich mit 200000 Mark von einer mehrjährigen Zuchthausstrafe wegen fortgesetzter Diebstahler Begehen an seiner minderjährigen Stiefhinterin loszukaufen.

Schaffensmächten stattfinden und der werktätigen Einwohner Hamburgs sich ein ungeheurer Empörungsersturm bemächtigt. Arbeiter, die um ihre Existenz kämpfen, werden jahrelang in der Kerker gemauert, und Kapitalisten, die schändliche Verbrechen begehen, kaufen sich frei.

Der Senat hat zur Beruhigung der Massen einen 'Sonderbeschluss' gefaßt, wonach einige Senatoren am 28. September abgebaut werden sollen. Weiter meldet die Volkszeitung, die SPD-Senatoren Stuppe und Berner wären 'freiwillig' zurückgetreten. Herr Stuppe aber erhält 'nur' eine Strafe von 17 bis 28000 Mark. So steht die 'Opferbereitschaft' der SPD-Zähler in Wirklichkeit aus.

Neue Terrorurteile gegen Kommunisten

Die kommunistische Partei hebt fühner denn je ihr Haupt. Aus diesem Grunde müssen wir abbrechen Urteile fällen!

Leipzig, 21. August. (Eig. Bericht.)

Mit den oben angeführten Worten begründete der Vertreter des Oberreichsanwalts vor dem 4. Strafsenat die Strafanträge gegen 6 kommunistische Genossen. Den Genossen wird in der Anklageschrift vorgeworfen, sie hätten ein Waffenlager der Faschisten ausgehoben. 4 Maschinengewehre wurden gefunden, die übrigen 6 Maschinengewehre und Zubehörteile sind bis jetzt noch nicht gefunden.

macht werden. Weiter steht fest, daß derjenige, bei dem 11 Waffen gelagert hätten, bis heute noch nicht unter Verhaftung gestellt ist.

Am Freitag mittag wurde das Urteil gefällt, und zwar erhielt der Genosse Kopp 3 Jahre Gefängnis, 3 Straflager jah einhalb Jahre Gefängnis, Ball 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Schuber 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, Rries 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Jettelhofer 2 Jahre 6 Monate Gefängnis.

Der 4. Strafsenat begründete das Urteil, daß die Kommunisten sich dreifach als unzuverlässig herausgestellt hätten. Der Senat erwägt die Anklagen hervor und betont, daß das Gericht nicht glaube, daß die Waffen vernichtet wären, zumal sich der Angeklagte Kopp dahingehend ausgesprochen habe, er wolle, daß die Waffen gut verwahrt aufbewahrt würden.

Bei sämtlichen Angeklagten war eine glänzende Kenntnis vorhanden, trotz der harten Urteile zu verurteilen. Sie verurteilen denen die von den Führern im Gerichtssaal mit 'Nur Recht, Genossen!' Es geht in Bayern vorwärts, trotz alledem, trotz alledem!

Sieg der Roten Armee in China

Schanghai, 21. August 1931

Der neue Feldzug der Kuomintang-Truppen gegen die Roten Armeen bleibt erfolglos. Die roten Truppen, die keine Verluste erleiden und ihre Streitkräfte stetig vermehren, haben erhebliche Verluste erlitten.

auf 1,2 Milliarden Tonnen. Das ist sogar noch um 10 Millionen Tonnen weniger als die Produktion von 1930.

In USA sank die Steinkohlenförderung um 12,7 Proz. auf 479,9 Millionen Tonnen, in Europa dagegen nur um 6,1 Proz. auf 609,1 Millionen Tonnen.

Der scharfe Rückgang der deutschen Kohlenproduktion ist fast nur aus der schweren deutschen Krise. Die Kohlenförderung im Verbrauch im Verhältnis zu 1929 bei Steinkohlen um 45,5 Prozent, bei Braunkohlen um ein Viertel eingeschränkt.

Die Vorräte an Ruhrkohle (auf den Feldern, im Transport und im Lager) betragen Ende Juli um 10,66 Milliarden Tonnen. Die Zahl der Arbeiter betrug 693.000, aber auf der Kopf der Gesamtbevölkerung 3,60.

Die Schrumpfung des Welthandels

London, den 21. August 1931.

Das englische Board of Trade veröffentlicht eine Übersicht des Weltverkehrs, welche sehr aufschlussreich ist für die Schärfe der Weltkrise. Danach war die Einfuhr im ersten Vierteljahr 1931 gegenüber dem ersten Vierteljahr 1929 zurückgegangen um 50,1 Prozent, die Ausfuhr um 30,2 Prozent, die USA um 49,4 Prozent, Frankreich um 22,5 Prozent, Deutschland 42,8 Prozent.

Giegreicher Tischler-Streit in Lyon

Die Arbeiter einer großen Möbelfabrik in Lyon haben sich durch einen tätigen Streik eine löhrende Lohnhöhe erkämpft. Die Arbeiter, die bisher unorganisiert waren, traten nach dem Streik geschlossen dem revolutionären Verband der CGTU bei.

Die Welt-Kohlenkrise

Berlin, den 21. August 1931. Der Jahresbericht des Reichs-Kohlenwerkes gibt wichtige Zahlen für das Ausmaß der Welt-Kohlenkrise. Insgesamt zeigte das Jahr 1930 einen Rückgang der Produktion um 2,1 Prozent.



Kapitalisten fordern:

Schnelleres Lohnraub-Tempo!

Großkapitalisten und Gewerkschaftsbonzen einig

Die sozialdemokratische Deutsche Allgemeine Zeitung beschäftigt sich in einem Artikel „Die nächsten Schritte“, mit den Maßnahmen, die nach ihrer Meinung notwendig sind, um „einen durch die Stärke der letzten Wochen noch gemordeten Boden zu erschließen und einen letzten, geschlossenen Boden wiederzugewinnen“.

Die „nächsten Schritte“ der DAZ, und darin befindet sie sich in Übereinstimmung mit der gesamten Kapitalistenklasse, und den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern, ist der Lohnabbau. Nur in der Frage, in welchem Tempo der Lohnabbau durchgeführt werden soll, bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen den sozialdemokratischen Führern und den Kapitalisten. Nur das die gegenwärtigen Verhandlungen über den Lohnabbau bei den Gemeinbediensteten zeigen.

Die DAZ ist für ein schnelles Tempo. Sie fordert im Namen aller Kapitalisten, daß „die Anpassung des Lohnabbaus nicht mehr das Ergebnis einer halbjährigen Schlichtungsperiode sein darf“.

Das Blatt ist keineswegs für die Beseitigung der Tarifordnung und des Schlichtungssystems. „Eine Beseitigung der Tarife und ihre Ersetzung durch unzulässige Einzelverträge halten wir nicht für erwünscht.“ Die DAZ ist für Befestigung des Zwangs-

haltung der tariflich festgelegten Löhne ersucht, daß sie nicht nur die Arbeiter im Betrieb für diesen Kampf zu mobilisieren. Darum erscheinen auch der DAZ die einzigen Bedenken, die sie gegen ihren Vorschlag hat, geringfügig. Diese Bedenken sind, daß durch die von ihr vorgeschlagene Regelung „die sozialpolitischen Auseinandersetzungen in die einzelnen Betriebe verlegt“ werden. Mit der auf Tailoristen begründeten Verhütung, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer in ihrem Kampf gegen einen Streik der Arbeiter sind, zerstreut die DAZ

ihre Bedenken selbst: „Es ist eine politische Frage, ob man in diesem Augenblick beratige individuelle Streitigkeiten für möglich hält.“

Die reformistischen Gewerkschaftsführer halten es aus politischen Gründen in der Tat nicht für möglich, „beratige individuelle Streitigkeiten in diesem Augenblick“ zu beginnen. Anders aber die Arbeiter, die die Vorschläge des sozialdemokratischen Blattes durchaus ernst nehmen müssen, denn diese Vorschläge laufen darauf hinaus, den Lohnraub in einem schnelleren Tempo durchzuführen. Die Antwort der Arbeiter auf all diese Pläne kann nur sein: „die sozialpolitischen Auseinandersetzungen in die einzelnen Betriebe verlegen!“

Textilarbeiter werden durch Nazi-Ausbeuter arbeitslos!

Die Firma Tittel & Krüger, die dem Nordwolle-Konzern angeschlossen war, hat einen Antrag auf Stilllegung gestellt. Der Betrieb ist durch den Nazikapitalisten Lahusen ruiniert!

Riesensummen haben diese Ausbeuter für die volksfeindliche Hitlerpartei zur Finanzierung der Terrorbanden bezahlt und nachdem sie Millionen verpulvert, werden die Arbeiter und Arbeiterinnen einfach entlassen. Das ist die Aussicht fürs 3. Reich. Die Arbeiter aber sehen wieder an diesem Beispiel, wie dringend notwendig es ist, den Kampf unter RGO-Führung aufzunehmen!

Das fordern die Gemeinbediensteten!

Die jetzt durch die SPD-Führerschaft und die Brünning-Regierung von einem neuen Lohnabbau die zu 30 Prozent betroffenen Gemeinbediensteten führen ihren Kampf um folgende Forderungen:

- Keinen Weniger Lohnabbau!
 - Zurückgabe des bereits gekürzten Lohnanteils!
 - 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
 - Einstellung von Arbeitslosen entsprechend der Arbeitsgeheimverfänger!
 - Sollen Lohn für alle eingestellten Arbeitslosen!
 - Ginweg mit den Kleinrentnern der Bürgermeister, Stadträte, Direktoren!
 - Herabsetzung der Gehälter auf 10000 Mark im Jahr.
 - Volle Verwendung der Hunderte von Millionen Betriebsüberschüssen, die heute für Petteien und ähnliche Zwecke verwendet werden, zur Herabsetzung der Tarife und Löhne von unwürdigen Löhnen und Gehältern!
 - Einstellung der Umsatzen für Arbeiter, die nur letzte Profite für das Finanzkapital!
 - Verteilung, unterteilt die Gemeinbediensteten im Kampf um diese Forderungen!
- The Kampf ist euer Kampf!

Appell des KJVD der Oberlausitz

Schluß mit dem Hungerdasein der Jugend!

6-8 Mark Wochenlohn / Arbeitslos ohne Unterstützung / Gefnebelt, von Zwangsarbeit bedroht / Nur der Sozialismus ist der Ausweg!

Am auch wenden wir uns, ihr Jungarbeiter, die ihr Tag für Tag im Betrieb schuftet und für den Unternehmer die Profite schafft, die man euch den Lohn weiter kürzt, die ihr 8, 10 und noch mehr Stunden schuftet, ihr seid die Ausbeutungsobjekte für das Unternehmertum! Mit 6-8 Mark loht ihr euch ernüthen und leiden, sollt euch eure Arbeitskraft wieder erleben, um so den profitgierigen Unternehmern weitere Profite zu schaffen. Besonders euch junge Textilarbeiterinnen in der Oberlausitz heudet man doppelt aus. Ihr müßt dieselbe Arbeit leisten für den halben Lohn. Was langt ihr an mit den Hungerplagen? Nun, das müßt ihr am besten zu beantworten. Eure Eltern sollen euch noch mit ernähren, obwohl sie selbst so einen geringen Verdienst haben oder gar heмпeln gehen müssen. Ihr Schicksal, die ihr 4 Jahre umloht für den Unternehmer schuftet und dann auf die Straße geschickt werdet, denen man keine Unterstützung ausahlt auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni, die von Herrn Brüning erlassen wurde, um das kapitalistische System aufrecht zu erhalten. Ihr Jungarbeiter, die ihr keine Unterstützung erhaltet bis zum 21. Lebensjahr, die man dazu zwingen will, die Arbeitsdienstpflicht aufzunehmen und euch somit zum Militärischen zu erziehen, als Kanonenschießer für einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion. Die ihr den Gutdächern und Junkern für ein geringes Taschengeld schuftet müßt, die euch den letzten Rest des Lebens auslaugen.

Wir wenden uns auch an euch, junge Hausangestellte, die ihr wie Menschen zweiter Klasse behandelt werdet. Ihr alle seid die Jugend der Sklaverei! Ihr seid die Opfer des kapitalistischen Systems. Die Herren, die euch ihren „Kummer“ zeigen, bitteren Arbeitsdienstpflicht, Pflichten, Hunger, Ausbeutung, Wahlrecht, Lohnabbau, Faschismus und imperialistischen Krieg. Wo ist die Freiheit der Jugend?

In der Sowjetunion!
Dort, wo der Sozialismus verwirklicht wird. Dort haben sie den 6-Stunden-Tag, die 6-Tage-Woche, 4 Wochen bezahlten Urlaub, denn lernen die Gehälter 2 Jahre und werden weiter beschäftigt, wenn sie ausgemerzt haben und erhalten gleichen Lohn bei gleicher Arbeit. Dort gibt es keine Sklaverei, sondern dort ist die

Jugend frei vom Joch des Kapitalismus. Sie haben die Ausbeuter zum Teufel gejagt. Sie find den Weg gegangen zum Sozialismus. Auch wir als Jungkommunisten zeigen euch den Weg des Sozialismus, um die Jugend der Freiheit zu sein. Dieser Weg kann aber nur durch Kampf gegangen werden, den gemeinsamen Kampf der Jungarbeiter mit den Betriebsarbeitern. Wir müssen die Einheitsfront aller ausgebeuteten Schichten herstellen unter Führung des KJVD, die die einzige sozialistische Jugendorganisation ist. Wir richten besonders den Appell an die Mitglieder der SPD, sich in die Einheitsfront einzureihen im Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, für den Sozialismus!

Deshalb ruft die Jugend Karl Liebknecht allen jung erwachsenen Schichten so wie den KJVDern der Oberlausitz zum Heraus zum Kampftag des Jungproletariats, zum 17. Internationalen Jugendtag am 5. und 6. September in Selbstennersdorf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, zum Schutz der Sowjetunion, für den Sozialismus!

Programm des 17. Internationalen Jugendtages der Oberlausitz am 5. und 6. September in Selbstennersdorf

Am Sonnabend treffen alle Teilnehmer in Selbstennersdorf ein. Standort Quartier ist „Restaurant zur Krone“.

Sonnabend 19 Uhr:
Stellen an der Krone zum Höhenfeuer auf dem Stollenberg. Anschließend Kommerz in der Krone.

Es wirken mit:
Agitatortruppe des KJVD Obersdorf, Reichenau, Petriedöhlen, Bioniergruppen, Sportler Selbstennersdorf („Bundeswehr“), Musikkapelle des KJVD Jittau, Ansprache.

Sonntag, den 6. September:
7 Uhr morgens Bedruf.
9 Uhr Stellen der Kommunisten zur Hausagitation (Krone)
12 Uhr gemeinsames Mittagessen in der Krone
18 Uhr Stellen an der Weintraube zur Demonstration. Abschlußkundgebung im Kronengarten. Anschließend Unterhaltung durch sportliche Darbietung und andere UBB, des KJVD, Oberlausitz.

Wieder 15 Prozent Lohnabbau bei Mansfeld

Die Direktoren der Mansfeld AG hat den Belegschaften mitgeteilt, daß wegen schwerer Verluste wieder ausgenommen Subventionen überlassen ein neuer Lohnabbau vorgenommen werden müsse. Der Berliner Börsen-Courier weiß zu berichten, daß dieser Lohnabbau 15 Prozent betragen soll.

Die Großaktionäre der Mansfeld AG wollen also neue Subventionen und neuen Lohnabbau. Es ist kaum ein halbes Jahr her, daß die Mansfeld AG deren Hauptaktionäre die Industriellen Wolff und Jakob Goldschmidt hat, von Reich und Preußen riesige Subventionen erhielt. Alle kapitalistischen Parteien, von der SPD bis zu den Nazis, haben die Subventionen unterstützt. Die kommunistische Partei forderte demgegenüber die Beseitigung der Betriebe ohne Rücksicht auf die Profiteure der Kapitalisten und Verwendung der Millionen zur Unterstützung der notleidenden Arbeiter.

SPD- und Nazisführer haben den Wolff und Goldschmidt die Millionen gestanden und den Mansfeld Arbeitern wurden die Millionen abgebaut. Karglich erfolgte die Subventionierung im Interesse der Arbeiter. Aber die Mansfeld-Aktionäre haben die Millionen in die Tasche gesteckt und die Arbeiter schändlicher als je bezogen. Obwohl sie in den Subventionsverträgen die Mansfeld AG verpflichtete, ihre Betriebe in vollem Umfange bis Ende 1932 aufrechtzuerhalten, wurden mit Zustimmung der Reichsregierung diese Verträge durchbrochen, indem die Mansfeld AG Forderungen von zwei Tagen wöchentlich pro Mann einlegte und auch dadurch den erbärmlichen Lohn der Arbeiter weiter kürzte. Mehrere tausend Arbeiter wurden auf die Straße geworfen.

Die Mansfeld-Arbeiter haben lediglich Interesse an der Abschaffung des neuen Lohnabbaus und an der Zurückübernahme des bereits geraubten Lohnanteiles. Obwohl der jetzt gültige Lohnabbau noch bis 31. Dezember läuft, will die sozialdemokratische

Feuerüberfall auf Streiker

Saarbrücken. (N.-H.-Beitrag.) Der Nahrungswirtschaftler und Sozialist ist auch die Nachhaber im Saargebiet nicht schuldig. Sie wetterten mit den Faschisten und Sozialisten in der Unterdrückung der Arbeiterkraft. Am 24. Juli verübten Vandijer und Polgel des Saargebietes einen Feuerüberfall auf die Arbeiterdemonstration in Saarbrücken, bei dem es hundert Verletzte gab. Am gleichen Tage provozierte die Gendarmerie einen Zusammenstoß in Neuenkirchen, der 24 Verletzte ergab. Die Polizei hand trotz des Jeners der Gendarmerie, am 2. August wurden die Antifaschisdemonstrationen der revolutionären Arbeiterkraft brutal auseinandergerissen.

Anlässlich des Billiger Streikes wurde am Abend des 4. August ein Feuerüberfall auf die Einwohner von Tieren und Coarlsow verübt, wobei 94 Verletzte auf der Straße blieben. Öffentliche Versammlungen werden glatt auseinandergerissen, wenn der Referent kein Saarländer ist. Mitglieder- und Funktionärstreffen werden aufgehoben, es besteht ein Uniformverbot für alle Organisationsmitglieder. Das Tragen von Abzeichen wird mit 150 Franc bestraft.

Man sieht, im Kampf der Bourgeoisie gibt es keine Mitleid, haben und drücken werden sie die gleichen Mittel an zur Aufrechterhaltung der bankrotten kapitalistischen Wirtschaft.

Gemeinbediensteten drängen zum Kampf

Die Zentrale Kampfbühnen der NSU-Arbeiter Groß-Berlins richtet im Auftrag von über 11 000 Wohlfahrtsarbeitern einen Kampfabend an die Gemeinbediensteten, in dem es heißt:

„Durch den geplanten Lohnabbau, der sich bei den NSU-Arbeitern in noch härterer Weise bemerkbar macht, als bei euch, da sie nur 32 Stunden pro Woche arbeiten, haben wir ein und dieselben Interessen zu vertreten, nämlich Abwehr des Lohnabbaus mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Die NSU-Arbeiter haben bisher in vielen Belegschaftsversammlungen Beschlüsse gefaßt, jeden Lohnabbau mit Streik zu beantworten. Sie wenden sich jetzt an euch, gemeinsam den Kampf gegen Lohnabbau zu organisieren und durchzuführen. Loht euch nicht durch Manöver der Gewerkschaftsbürokratie betören. Die NSU-Arbeiter werden keine Tarif- oder Streikbrecher sein, sondern im Gegenteil, sie bieten euch gemeinsam mit den Erwerbslosen die Hand, den Kampf gegen Lohnabbau und Notverordnungen anzuschließen.“

In Frankfurt a. Main beschloß eine von den Reformisten einberufene Versammlung der Rationalisationsarbeiter auf Antrag der RGO, trotz wütender Hege der Reformisten, den Kampf um Einführung der 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, ebenso wie den Kampf gegen jeden Lohnabbau. Der Kampfabend des Depots Siedenhöfen der Frankfurt-Straßenbahn richtet einen Aufruf an alle Straßenbahner, zum Kampf unter Führung der RGO zu rufen.

Mitgliederverlust der Lohnabbau-gewerkschaften

Wie der Vorwärts mitteilt, hat die Berliner Organisation des Verbandes der Rohungs- und Getreidearbeiter allein im zweiten Quartal 1931 annähernd 2000 Mitglieder verloren. Die Mitgliederzahl fiel von 18 000 auf 16 276.

Bilder der Woche

Wo steckt das Gold?



Diese Männerchen verkörpern die Staatsbanken der wichtigsten Länder mit Goldbesitz. Der Dickste ist Amerika, der Dünnste Deutschland. Dazwischen marschieren Frankreich, England, Spanien und Japan. Auf anschauliche Weise wird so der Goldbesitz der Länder demonstriert.



Der Sturm, der in den letzten Tagen über England wütete, hat nicht nur furchtbare Verwüstungen angerichtet, sondern sogar eine ganze Reihe Menschenleben gefordert. Unser Bild zeigt ein Stück der südenglischen Küste. Die Kalmauern sind zum Teil eingestürzt. Die dem Meer benachbarten Straßen sind völlig unpassierbar geworden.

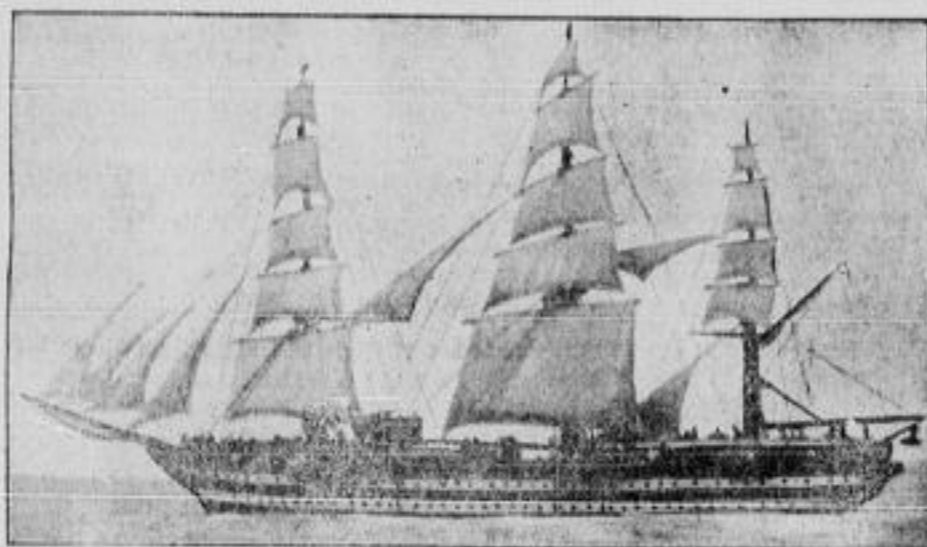
Neunzig Jahre Deutschlandlied



ed. L. v. L. Hoffmann
deutscher, deutscher wir sind
über all in der Welt,
den wir lieb und pflegen mit
huldvoll gesungen.
Im der Thron ist in die Hand,
den wir pflegen mit der
deutscher, deutscher wir sind
über all in der Welt!

Der Dichter Hoffmann von Fallersleben, der links abgebildet ist, dichtete am 26. August 1841 — also vor 90 Jahren — auf Helgoland das Deutschlandlied. Die erste Strophe ist im Faksimile rechts zu sehen. Man singt es nach der Melodie der früheren österreichischen Nationalhymne „Gott erhalte Franz den Kaiser“, die von dem berühmten Komponisten Joseph Haydn stammt. Das Deutschlandlied war ursprünglich ein Kampflied der schwarzrotgoldenen Kämpfer von 1848. Erst später kam es zu der „Ehre“, zur kaiserlichen Nationalhymne erhoben zu werden. Heute versuchen Nationalisten und Republikaner, es für sich zu reklamieren. Würde der Dichter das, er würde sich im Grabe herumdrehen. Für ihn war es ein Freiheitslied!

Faschistischer Besuch in Kiel



Zwei Schulschiffe Mussolinis sind an die deutsche Ostseeküste gefahren. Was wollen sie hier? Deutschland besuchen? Die Gewässer der Sowjetunion studieren? Man weiß es nicht. Vorläufig lassen sich die Offiziere von der deutschen Marine feiern. — So ehrwürdig dieses Schiff aussieht — es ist in Wirklichkeit neu gebaut. Dieselmotore und sonstige technische Neuigkeiten hat es an Bord. Nur das Äußere ist harmlos.

Links: Der Eisenbahnkatastrophe des D-Zuges Rom-Wien bei Leoben erlagen bisher 16 Menschen. Weitere schweben noch in Lebensgefahr. Unser Bild zeigt eine Fliegeraufnahme der Unglücksstelle. Zwei Güterwagen sehen wir im Fluß liegen, während sich zwei Wagen des D-Zuges ineinandergedrückt haben.



Mitte: Krieg unterm Regenschirm — das ist ein ungewöhnliches Bild. Unser Photo zeigt eine Ecke des englischen Manöverfeldes. Bekanntlich wurden die englischen Manöver dieser Tage wegen ständigen Regens abgesagt. Eine Reihe von Bildern soll beruhigend zeigen, wie gemächlich der nächste Krieg sein wird. Wir glauben den Bildern nicht. Wir wissen es besser.



Rechts: Harald Devold, ein junger norwegischer Pelztierjäger annektierte Ost-Grönland für den norwegischen Staat. Diesem Husarenstreich war ein langer Streit zwischen Dänemark und Norwegen wegen dieses Gebiets vorausgegangen. Devold beendete den Kampf der Diplomaten, indem er kurzerhand nach Ost-Grönland fuhr und dort die norwegische Flagge hißte.





Bismarck
der Vater des Sozialistengesetzes

12 Jahre Verbot der Partei August Bebel's und Wilhelm Liebknecht's

Die Lehren des Sozialistengesetzes von 1878-90

Immer stärker sammelten sich die Werktätigen um ihre Partei, trotz Bismarckschem Terror!

Was Bismarck nicht glückte, wird es anderen gelingen?

Das Vorbild der heutigen Verbotshetze Wie das Sozialistengesetz vorbereitet wurde

„Kommunistische Verbände“, „Vestalische Verschwörer der Kommunisten“, „Man muß diesen Verbrechern das Handwerk legen!“ In diesen Tönen klang es jetzt aus dem gelamten Rättermaße der Bourgeoisie und es entsprach der historischen Rolle des „Norman“ und der SPD-Fresse, daß sie sich an der Spitze dieser phantastischen Verbotshetze gegen die Partei des Proletariats befinden.

Angesichts dieses blutdürstigen Schicksals der Bourgeoisie und ihrer Parteien ist es nicht uninteressant, in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung um einige Jahrzehnte zurückzublicken.

Karl Marx prägte in seinem „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ den Satz, daß sich alles in der Geschichte wiederholt, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Komödie.

Und auch die heutige Verbotshetze hat in der Geschichte bereits ihr Vorbild gehabt. Damals richteten sich die inhumanen Verleumdungen der Bourgeoisie und des bismarckischen Staatsapparates gegen die revolutionäre Sozialdemokratische Partei, mit der die ganze SPD, rein gar nichts mehr zu tun hat, nur noch im alten Namen lebt.



Wilhelm Liebknecht,
ein standhafter revolutionärer Führer
im Kampf gegen Lüge und
Unterdrückung

Am 11. Mai 1878 gab der Klempnergehilfe Häbel in Berlin unter den Linden einige Revolverkugeln ab, als gerade der Kaiser in einer offenen Kutsche vorüberfuhr. Am gleichen Tage nach telegraphisierte Bismarck nach Berlin:

„Kanonengesetz gegen Sozialdemokratie!“

Und obwohl einwandfrei erwiesen war, daß Häbel nichts mit der Sozialdemokratischen Partei zu tun hatte, wurden die Sozialdemokraten für diese Tat eines teils und körperlich zerstörten menschlichen Wesens verantwortlich gemacht, in der öffentlichen Welt und die meisten Hintergründe der infamen Verleumdungen sind die meisten Hintergründe der infamen Verleumdungen.

Was Bismarck in jenen Tagen noch nicht gelang, das sollte fast einen Monat später das Attentat eines desillusionierten hüttenindustriellen, des Dr. Carl Nobiling, erreichen. Dieses Attentat war der unmittelbare vorgeschobene Anlaß für das Sozialistengesetz, das die völlige Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Deutschland bringen sollte.

So nun an Erfindungen ist die herrschende Klasse in Deutschland, daß sie heute, über 60 Jahre später, nicht einmal ein an-

eres Mittel gefunden hat, um den Boden für die Vernichtung der kommunistischen Partei vorzubereiten. Aber was Bismarck nicht gelungen ist, das wird den Herren des heutigen Deutschlands ebensowenig gelingen. Das wertvolle Volk erkennt die Wästel und die wahren Hintergründe der infamen Verleumdungen, die man gegen die kommunistische Partei zu scheitern versucht.

Das Urteil gegen die Sozialdemokratische Partei oder, die ich heute derselben Mittel gegen die R.D. bedient, deren ich einst Bismarck vor 80 Jahren gegen sie leiste bediente, hat die Geschichte bereits gesprochen. Mögen sich die Wästel und Co. in diesen Tagen an die Worte erinnern, die vor über 80 Jahren Wilhelm Liebknecht im Reichstag entgegensteuerte:

„Hätte die Entscheidung aus wie sie wollte, die deutsche Sozialdemokratie, ein Kampf und Verfolgungen gemüht, bildet weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener Zuversicht und Ruhe entgegen, die das Bewußtsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht.“

Die Kommunisten sind stolz darauf, die Erben der besten Traditionen der alten Sozialdemokratie zu sein.

Die Arbeiterpresse unter dem Sozialistengesetz Die Proletarier waren der Polizeischnüffelei überlegen

Am 28. September 1879, ein Jahr nach Verkündung des Sozialistengesetzes, erschien die erste Nummer der illegalen Zeitung „Der Sozialdemokrat“. Wir entnehmen Kehrings „Geschichte der Sozialdemokratie“ die nachfolgenden Sätze über die Verbreitung des „Sozialdemokraten“:

„Er (der „Sozialdemokrat“, D. Kehr.) brang von Woche zu Woche tiefer ins deutsche Proletariat ein, trotz aller polizeilichen Spürhunde, trotz der Hunderte von Hausdurchsuchungen, die an den verschiedensten Orten Deutschlands stattfanden, trotz aller polizeilichen Verleumdungen. In diesem gewaltigen Schwingen sich die neuen Häden der Organisation, die mit den Sammlungen für die Ausgewiesenen angefüllt worden waren, zu einem Beweise, das, wie ein Staatsanwalt in Magdeburg schon 1880 sagte, wohl in einzelnen Fällen ausfällt, aber niemals zerfallen werden könnte.“

Das Hungerlohn und verachtete Proletariat erwies sich als der wirkliche Herr der modernen Produktions- und Verkehrsströme...

„Was Ding will gelernt sein, und gelegentlich wurde eine Sendung des „Sozialdemokraten“ oder anderer verbotenener Schriften abgefangen, aber bald arbeitete die „rote Feldpost“ mit einer Genauigkeit und Täuschlichkeit, vor der die schlammhaft aufgebauhte „Bündigkeit“ der offiziellen Reichspost ruhig die Segel streichen konnte.“

So höher wurden die Arbeiter bald in ihrer unbegrenzlichen Kraft, daß sie mit ihren Verfolgern spielen konnten, wie die

Hinters Licht geführt Massenaufgabe illegaler Bücher werden vom Staat vertrieben

Wie sich die preussische Polizei Bismarcks bei der Ausübung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie selbst herbeigelegt, geht aus folgendem neuen Dokumenten hervor. Mit polizeilicher Genehmigung hatte ein politischer Buchhändler in Magdeburg eine monarchistische Schrift herausgebracht, unter dem verlockenden Titel: „Der Sieg der Sozialdemokraten über die Idee Deutschland als Republik, von einem Parteifreunde“. Dieses Büchlein sollte dazu bestimmt sein, die Arbeiter zu einer polizeifremden Gesinnung zu erziehen. Da geschah das Furchtbare.

Es erschien nämlich plötzlich eine zweite Schrift, genau in der gleichen Ausstattung mit dem gleichen Titel und der gleichen Einleitung. Aber danach mit dem Inhalt, der die schürste Agitation gegen das Sozialistengesetz entfaltete. Über 25 000 solcher Bücher wurden unter der tätigen Mitwirkung der Polizei unter den Arbeitern verbreitet, und erst nach zwei Monaten kam die hinters Licht geführte Obrigkeit dahinter, daß sie sich der „kanonischen“ Agitation“ schuldig gemacht hatte.

Was sollte man aber nun tun? Sollte man das eigene Nachwerk mitverbieten? Es schien kein anderer Ausweg vorhanden zu sein. Man höre und staune, mit welchem Schwarm diese schmerzhafte Frage von der Regierung gelöst wurde. Am 9. Mai 1880 verfügte die königliche Regierung in Magdeburg, die Schrift mit dem falschen Umschlag sei polizeilich verboten. Jeder kann diese weise Verfügung im deutschen „Reichsanzeiger“ vom Jahre 1880 nachlesen.

Rabe mit der Maus. Im Februar 1880 ging ein Züricher Parteigenosse, den der Polizeispitzel Kalkenbach in Wülhausen über die Expeditionsweise des „Sozialdemokraten“ auspolen wollte. Daraufhin ein, jagte den „Staatsvetter“ mit keinem Erfolgs von Spiegeln an die belgische Grenze, während dessen eine große Sendung verbotenener Schriften über die schweizerische Grenze ging, und lieferte den erhaltenen Einbensatz an die Kasse des „Sozialdemokraten“ ab, der darüber als „von Schüssel und Langhans im Deutschen Reich“ quittierte.

Einen Monat darauf wurde in Vindau von der Zollbehörde ein großes Koffel angehalten, das aus einem kleinen Ort in Vostanberg in ein Waldstückchen in Franken abgefertigt, angeblich Papierabfälle, unter solchen Umständen verpackt aber eine Sendung des „Sozialdemokraten“ enthielt. Gleich auf ihren Pfad warfen die Zöllner ihn in den Keller, aber am nächsten Morgen war er verschwunden und die Sendung gelangte in die richtigen Hände.

So verbreitete die Vorkriegssozialdemokratie ihre illegale Presse zum Lohn und Trotz des bismarckischen Sozialistengesetzes.



Der Parteiführer der alten revolutionären Sozialdemokratie, der das Wort prägte: Wenn mich meine Feinde loben, ist ich, ich habe einen Fehler gemacht

Netzdokumente 1898-1931

Es hat sich fast nichts geändert, der Inhalt ist derselbe geblieben

Als im September 1898 auf die Kaiserin von Österreich anlässlich ihres Besuchs in Genf ein Attentat erfolgte, sandten die Geheimdienststellen eine Rundgebung an den Kaiser, in der sie das schärfste Vergehen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung forderten. Wir veröffentlichen nachstehend dieses Dokument und stellen dem gegenüber die Verbotshetze, die heute gegen die kommunistische Partei unternommen wird. Jeder wird die eigentümliche Ähnlichkeit der Dokumente von 1898 mit denen von 1931 leicht erkennen.

Die Rundgebung der Industriellen an die Kaiserin von Österreich lautete:

„Die furchtbare Tat, welche Ihre Majestät, die Kaiserin von Österreich zum Opfer gefallen ist, ist ein erschreckender neuer Beweis für die Ziele des Anarchismus und der zu diesem führenden Bestrebungen. In unerschütterlichem Vertrauen auf Eurer Majestät Kraft und Weisheit werden wir alle diejenigen Maßnahmen nachdrücklich fördern und unterstützen, welche Eurer Majestät zur Unterdrückung der verbrecherischen Ziele eines gemeinlichen Fanatismus und der Aufrechterhaltung der bedrohlichen Mächtigkeit des Staates für gut ersuchen werden.“

In höherer Ehrlichkeit verharren
Zentralverband deutscher Industrieller usw. usw.“

Und so klingt heute die Rede der SPD-Presse:

„Nach ihren Beobachtungen und Ermittlungen ist die Polizei überzeugt, daß der verbotene Netzverbindungsband insgeheim weiter bezieht und im Gegensatz zu seiner Tätigkeit vor dem Verbot keine Mitglieder rein militärisch zu einer Verwehrgewerkschaft ausbildet.“

(„Vormärz“ vom 10. August.)

„Neuerdings scheint sogar der gemeine Verwehrgewerkschaft politisches Kompromiß gemacht zu sein... So sehr ich verständige Rücksicht und Besonnenheit von allen Beamten immer wieder verlange, so sehr ist harte Entschlossenheit und Mächtigkeitsgefühl dann selbstverständlich, wenn es zum Kampfe auf die Beamten, zur offenen Verleumdung gegen die Gerechtigkeit oder gar gegen die Verfassung kommt.“ (Aus „Organisations- und Verfassungsgesetz der Berliner Polizei.)

